

chen!
en
schenken
Instru-
EN.
helliges
ör.
R,
2217.
ATER
gramm
p. Montag
ikumenfolge
reint.
\$ 218?
beantwortet
Euch an
Luitpold Nasser
von Paul Keller.
nrück.
idien Deutsch-
d von den Ta-
urchgearbeiteten
indert beurteilt.
Rizenfilmen, er
azu gegeben,
eginald Fogwell
Uebertreibung,
ntung ankündigen
mit seinen
unserer Behaup-
piel:
(Akte).
Ein
Aufschwangen
gegen Aufstärke
laufen ebenst. y
rkauft. Weichheit
1000 Bld. gute
Speisefrt. Mehl
verkauft.
Mäheres in der G
Bücherei des Bl.

Freiwilliges
Stadtkomitee
Anstaltliche Angelegenheiten
des Stadtkomitees
von Bürgermeistern
und Stadträten
des Kreises
Organ
der Zentrumspartei

Volksblatt

Geschäftsstellen:
Bocholt, Reichshaus,
Kasse 14. Ferner:
Sammelst. 2054.
Rheide: J. Heinrichs.
Anholt: M. Wolling.
Werth: Th. Parnas.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 320

Montag, den 21. November

Jahrgang 1927

Deutsche Volkspartei und Bekenntnisschule.

Man schreibe uns aus parlamentarischen Kreisen: Es mehren sich bedenklich die Anzeichen, daß die Behandlung des Schulgesetzentwurfes seitens der Volkspartei allmählich derart wird, daß man ernstlich sich fragen muß, ob die Volkspartei noch guten Willen hat, in loyaler Weise mitzuarbeiten. Man wird es gewiß dieser Partei zugute halten, wenn sie in ihrer Stellung zur Bekenntnisschule eine starke Zurückhaltung abt. Aber es wird ja auch von ihr gar kein sacrificio del intelletto verlangt, sondern man will ihre Ideale ihr durchaus lassen, sie soll nur den unfrigen nicht entgegen sein. Aber so weit hergehend man auch in diesen Dingen sein mag, so gibt es doch gewisse Grenzen.

So hat auf einer Tagung, die den sonderbaren Namen Simultanischulung der Deutschen Volkspartei trug, und die bezeichnenderweise in Frankfurt a. M. stattfand, der Abgeordnete Runkel, der doch in dieser Frage nicht irgendwer ist, sich zu den schwebenden Problemen in einem Sinne geäußert, die unsere Bedenken verstärken müssen. Ueberflüssig war es zum mindesten, einer Koalitionspartei vorzumerken, das Gesetz sei den „Machtswünschen“ des Zentrums zu verdanken. Das ist doch wohl nicht richtig; denn zum mindesten müssen auch die anderen Koalitionsparteien der Behandlung in dieser Frage nicht entgegen gewesen sein, sonst hätte man das doch hindern können! Aber „Machtswünsche“! Wieviel erinnert sich die Deutsche Volkspartei daran, daß es auch unter den Parteien solche gibt, die aus Gewissenspflicht ihre Politik betreiben. Und gerade in diesem Punkte sollte man mit der Anwendung von Kennzeichnungen, die nicht gerade auf hohem sittlichen Niveau stehen, vorsichtig sein; denn diese Frage ist dem Zentrum heilige Gewissenspflicht, und es würde sich sehr dagegen wehren müssen, daß es sie lediglich aus Machtinteressen bräute. Da wäre es doch bequemer, sich andere Objekte auszusuchen!

Aber selbst wenn man über diese Unzulänglichkeiten hinwegsehen will, die nach den bisherigen Verhandlungen eigentlich ein wenig befremdlich sind, so muß noch mehr in Erfahrung treten, daß Abgeordneter Runkel versucht, den Feindlichen Entwurf als verfassungswidrig zu bezeichnen. Wenn dies wirklich die Meinung des Herrn Runkel ist, dann wäre also eine qualifizierte Mehrheit nötig; er weiß ganz genau, daß sie nie zu erbringen ist, daß also damit das Scheitern des Gesetzes gekommen wäre. Will er das schon jetzt deutlich machen? Dann hätten ja die weiteren Verhandlungen keinen Sinn!

Kein Wunder, wenn jetzt die Oppositionspresse höhrend erklärt, es sei doch immerhin erfreulich, daß die Reichsregierung dieser Frage nunmehr Interesse wende, nachdem sie sich lange herumgedrückt und die Bedenken der Opposition nicht beachtet habe. Unnützlich ist es jedenfalls, wenn ausgerechnet die an der Koalition beteiligte Volkspartei mit solchen Bedenken nun kommt, die doch bei der Einbringung des Gesetzes nichts davon wissen wollte und die Tatsache der Verfassungsänderung damals glatt leugnete.

Man kann es nicht verwehren, wenn innerhalb des Zentrums die Bedenken wachsen. Wenn der Vertreter einer Regierungspartei im Bildungsausschuß solche Bedenken in diesem Augenblick vorbringt, so sollte man meinen, daß er es nicht ohne Absicht, nicht ohne eine politische Wirkung tut! Das liegt nahe zu denken!

Das Zentrum ist bisher nicht gewohnt gewesen, daß man seine Stellung in einer Koalition nicht voll würdige. Wir sind Realpolitiker und tun nichts ohne staatspolitischen Grund. Ein solcher lag auch der gegenwärtigen Koalition zugrunde. Sie ist der bestimmte Ausdruck eines großen staatspolitischen Willens, den man realisierte nicht aus Liebe zur Partei, sondern zum Reich! Aber wenn der Sinn dieses staatspolitischen Gebankens offenbar in sein Gegenteil verkehrt zu werden droht, so verliert er eben seinen Sinn!

Dessen sollte die Volkspartei eingedenk sein. Man kann nicht in den Parteiverfassungen eine Einstellung nehmen, die der Demokratie entspricht und gleichzeitig im Parlament eine andere kulturelle Haltung vertreten, oder doch eine, die unbedingt als schwankend bezeichnet werden muß. Das erweist Verschiedenheit und Verdröppelheit!

Die Schuld des Zentrums ist gewiß groß, weil es staatspolitisch denkt, aber man darf sie nicht mitführen. Wir werden der weiteren Entwicklung der Volkspartei besonderes Interesse zuwenden; es scheint, daß wir uns einem Scheidewege nähern — oder stehen wir schon davor? Das liegt in der Hand der Volkspartei!

Annahme der Bestimmungen über die Bekenntnisschule.

... Berlin, 19. Nov. Im Bildungsausschuß des Reichstages erklärte heute Ministerialdirektor Beckenbauer nochmals, daß der gestern mitgeteilte Antrag der Deutschen Volkspartei, der den Unterricht in der Bekenntnisschule nicht auf der Grundlage des Glaubens, sondern auf evangelischer, katholischer usw. Grundlage aufbauen will, zu verfassungsrechtlichen Bedenken keinen Anlaß gebe. Zugleich werde damit nicht nur den Richtungen innerhalb der evangelischen Religionsgemeinschaften, sondern auch der katholischen Auffassung Rechnung getragen.

Auf Anfrage des Abg. Alpers (Deutschhannoveraner) bekräftigt die Regierung, daß die Schulen dann Namen wie: evangelische Schule, evangelisch-lutherische Schule, reformierte Volksschule und ähnliche tragen werden.

Nach weiterer Debatte wurde der vierte Absatz des § 4 mit 16 gegen 12 Stimmen der Opposition in folgender Fassung angenommen:

„Die Bekenntnisschule wird nach dem Bekenntnis der Kinder, für die sie bestimmt ist, bezeichnet. Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf evangelischer, katholischer oder sonstiger Benennung gekennzeichneten Grundlage. Die für alle Schulkinder geltenden allgemeinen Lehrpläne der Volksschule sind der Eigenart der Bekenntnisschule anzupassen. In den Schulbüchern sind die Bedürfnisse der Bekenntnisschule zu berücksichtigen.“

Die übrigen Bestimmungen dieses Absatzes bleiben unverändert, auch der letzte Satz, der besagt: Der Religionsunterricht ist für alle Klassen ordentliches Lehrfach. Weiterberatung Mittwoch.

Dr. Mulert gegen Dr. Schacht.

Die Städte wehren sich.

München, 19. Nov. Auf der Herbsttagung des bayerischen Städtebundes in München wandte sich heute der Vorsitzende des Deutschen Städtebundes, Dr. Mulert, mit aufsehenerregender Schärfe gegen die Ausführungen des Reichsbaupräsidenten Dr. Schacht, die dieser gestern in Bochum gemacht hat. Dr. Mulert bemerkte voraus, es sei ja bekannt, daß Dr. Schacht kein Freund der öffentlichen Wirtschaft sei und daß er diese lieber heute als morgen ganz verschwinden ließe. Schacht hatte gestern behauptet, von den 55 Milliarden deutscher Auslandsanleihe entfielen 2½ Prozent auf die öffentliche Hand und davon sei der größte Teil von den Kommunen und Ländern aufgenommen worden. Diese Behauptung sei vollkommen falsch. Der Gesamtanteil der öffentlichen Hand an den langfristigen Auslandsanleihen betrage nur 10 v. H. Unter großem Tumult und unter lauten Protestrufen der Versammlung wurde anschließend dann Dr. Mulert gegen die Ausführungen Schachts über die sogenannten Zugausgaben der Städte. Schacht hatte erklärt, man habe wahrscheinlich keine einzige kommunale Anleihe nötig gehabt, wenn die Städte auf die Ausgaben für nicht dringliche Aufgaben Verzicht geleistet hätten. Er bestritt nicht, wie ein Mann, der mitten im öffentlichen Leben stehe, eine derartige Behauptung machen könne. Wenn ein Mann, der die Dinge nicht kennt, eine derartige Behauptung aufstellt, dann darüber hinwegsehen. Wenn aber jemand es wagt, diese und doch eine andere Auffassung vertreten, so sei dies einfach unbetrefflich.

Mit dieser Feststellung wird Dr. Schacht vorgeworfen, daß er wider besseres Wissen seine Angriffe gegen die Gemeinden richtet, denn die deutschen Städte hätten nur ein halbes Prozent ihrer Mittel für sogenannte Zugausgaben aufgewendet. Er glaube nicht, daß Dr. Schacht jemals anderer Meinung sein werde. Die deutsche Industrie und Dr. Schacht würden sich aber wundern, wenn sich bei einem Auscheiden der Kommunen aus der wirtschaftlichen Betätigung plötzlich das Meer der Arbeitslosen von 100.000 auf 500.000 vermehren würde. Dr. Mulert bekräftigte die geplante Profiteure der Anleihepolitik der Gemeinden in der vorgeschlagenen scharfen Form.

Nach der Rede, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, erklärte ein Redner, man habe einer historischen Stunde beigewohnt, und die Ausführungen seien über Bayern und Deutschland hinaus von großer Bedeutung für unsere Auslandspolitik. Anschließend erklärte der Direktor der bayerischen Finanzzentrale,

daß zurzeit eine neue bayerische Kommunalanleihe in Höhe von 14 bis 16 Mill. Mark vorbereitet wird, an der jedoch die großen Städte keinen Anteil nehmen.

Am Schluß der Beratungen wurde eine Reihe von Entschlüssen durch den bayerischen Städtebund angenommen. Eine Entschließung verlangt die Einbringung eines gemischten kommunalpolitischen Ausschusses, der die Verbindung zwischen Reichstag und den großen Spitzenverbänden der deutschen Selbstverwaltung herstellt. Es müßte eine starke Herausziehung der kommunalen Spitzenverbände zur Mitarbeit bei den Reichsministerien gefordert werden.

Eine Denkschrift der Stadtverwaltungen.

Berlin, 20. Nov. (Drahtb. d. Berl. Red.)

Nachdem, wie oben mitgeteilt, der Vorsitzende des Deutschen Städtebundes, Dr. Mulert, in scharfen Worten gegen Schacht polemisiert hat, wird der Deutsche Städtebund, wie der „Montag Morgen“ erfahren haben will, nunmehr auch als Verband gegen die Beschuldigungen des Reichsbaupräsidenten Stellung nehmen. Im Laufe dieser Woche soll nämlich eine Denkschrift erscheinen, welche die Kommunen, die Städte als ob sämtliche Auslandsanleihen der deutschen Städte für Zugausgaben verwandt worden seien, energisch zurückweisen wird. Zahlenmäßig soll dargelegt werden, daß 1. nur rund 10 Prozent aller deutschen Auslandsanleihen von den Städten aufgenommen worden seien. 2. Sei nur ein geringer Bruchteil dieser Summe für Ausgaben verwandt worden, die man allenfalls als Zugausgaben bezeichnen kann. 3. Nach den sogenannten Zugausgaben im gesamten Etat der deutschen Städte angeblich nicht mehr als 1/2 Prozent aus. Die Denkschrift wird, wie weiter behauptet wird, ferner darüber Bescheid zu führen, daß überhaupt von so prominenter Stelle Versicherungen fallen, die das deutsche Städtewesen vor dem In- und Ausland in den schwerwiegendsten und folgenschwersten Verdacht der Leichtfertigkeit bringen könnten, während ziffernmäßig seit langem bereits feststehe, daß für die übermäßige Verteuerung der deutschen Verwaltung in Wirklichkeit nicht die Städte, sondern allein die Länder verantwortlich seien.

Der Kampf um das Mittelmeer.

Italienische Rundgebungen gegen Frankreich und Jugoslawien.

v. Rom, 20. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Rundgebungen gegen Jugoslawien und Frankreich dauern in ganz Italien an. Die scharfen Worte des amtlichen Verordnungsblattes gegen die Adriana nachbar werden öffentlich verlesen. Man huldigt der dalmatinischen Fahne und zieht gegenseitlich vor die Konsulate Frankreichs und Jugoslawiens, die in allen Städten durch Polizei geschützt sind. In Genua drach die Menge vor dem französischen Konsulat in Hochrufen auf das italienische Dalmatien aus.

Rom, Budapest und Paris.

Zwei feindliche Gruppierungen scheinen sich immer klarer und deutlicher in unserem armen Europa von dem europäischen politischen Horizont ab. Zwei riesenhafte Systeme stehen in einer noch beunruhigenderen Unabweisbarkeit, als in den letzten Vorkriegsjahren, drohend und hasserfüllt gegenüber. Auf der einen Seite wächst mit jedem Tag der stolze und angreifende Geist des faschistischen Italiens. Mit einem arroganten politischen Pathos sucht Mussolini die Machtstellung seines Landes mit allen Mitteln zu befestigen, um dann, von Freunden umgeben, zum entscheidenden Kampf um die Neugründung des römischen Imperiums vorzugehen. Auf der anderen Seite steht in Vertiefungsstellung Frankreich mit seinen Basen Südfrankreichs und Rumänien; Frankreich, das mit zäher Mühe es versucht, seinen Einfluß und seine Machtstellung aufrecht zu halten. Und über diesen zwei

feindlichen Gestalten schwebt der Schatten des konserverbigen England, das in einer „sittlichen“ Umarmung seinen Kriegsfreund Frankreich so fest umschlingt, daß der arme Verbündete sich kaum mehr regen kann. Und im Hintergrund, dicht an den Kulissen, schaukelt der Genser Völkerrund

Mussolini verfährt mit allen Mitteln, festen Boden auf dem Balkan zu fassen. Nachdem Albanien durch den Tirana-Vertrag zu einer italienischen Kolonie geworden ist, wird jetzt auch Bulgarien in die Einflußsphäre Italiens hineingezogen. Auf dem anderen Pol des italienischen Kampfbereichs, an der afrikanischen Küste des Mittelmeeres, wird ein Schlag gegen Marokko vorbereitet, gegen das französische Marokko, und die Freundschaft mit Spanien befestigt. Im Ostbalkan Frankreich, in Savoyen, im Département der Alpen Maritimes, an der französischen Riviera, fördert die friedliche Eroberung des französischen Gebiets durch italienische Auswanderer fort. Und nun holt Mussolini zu einem neuen Schlag gegen Frankreich aus: am 23. November beginnen die Verhandlungen zwischen Rom und Budapest, die ungarischen Ergebnisse wohl in Frage kommt. So lautet wenigstens die offizielle Version. Es soll sich nur um recht unbedeutende und kleine Dinge gehandelt haben. Aber auch das misstrauische Frankreich weiß ausgezeichnet, woher und wohin der Wind weht.

Noch vor kurzem hat der internationale Gerichtshof im Haag, die höchste juristische Instanz des Völkerrundes, sich mit dem ungarisch-rumänischen Streit befaßt, der um die Frage der Entsignung ungarischer Bürger in den Rumänien zugesprochenen ungarischen Gebieten entbrannt. Bei diesem Streit hand Frankreich auf Seiten Rumaniens, während England für Ungarn eintrat. Man erinnert sich vielleicht noch an die groß angelegte Campagne, die der einflussreiche englische Pressemagnat Lord Northcliffe für Ungarn und gegen Rumänien, Südfrankreich und vor allen Dingen gegen die Tschechoslowakei eingeleitet hat. Die Unzufriedenheit der gefürchteten Ungarn wächst von selbst und wird außerdem von außen befördert. Und nun sucht Mussolini, der seit langem mit Ungarn und mit der dem faschistischen Italien freundschaftlich gesonnen ungarischen Regierung sympathisiert, Budapest für sich zu gewinnen, um diese Freundschaft gegen England und Bulgarien auszuspielen. Und zu gleicher Zeit wächst die Spannung zwischen Italien und Südfrankreich mit jedem Tag.

Die letzte Gelegenheit zur Verschärfung des italienisch-französischen Gegensatzes war der Abschluß des französisch-südfranzösischen Freundschaftsvertrages. Die Nachricht von dem Abschluß dieses Vertrages hat in ganz Italien Proteste für und gegen Frankreich und Südfrankreich entfacht. Demonstration folgt auf Demonstration. Es war, und es ist heute noch eine ungewisse Kampfstellung in Italien, und auch wohl in Südfrankreich. Fast täglich meldet man von Ereignissen, die in Italien von den französischen und südfranzösischen Konsulaten in Südfrankreich gegen italienische Vertreter stattfinden. Die Studentenenschaft spielt auf beiden Seiten natürlich eine recht hervorragende Rolle. Großes Aufsehen erregte in der ganzen diplomatischen Welt die auffallende Tatsache, daß der französische Außenminister Marinkowitsch, der anlässlich der Unterschreibung des französisch-südfranzösischen Vertrages in Paris weilte und an der großen Parade des 11. November teilnahm, von dem italienischen Vorkämpfer Graf Manzoni, mit dem er seit 20 Jahren in freundschaftlichen Beziehungen stand, in einer geradezu beleidigenden Weise ignoriert wurde. Die Mißstimmung zwischen Italien und Südfrankreich will sich nicht legen. Die lange Zeit unangenehmer Vertragsverhandlungen liegen nun. Man erwartet allgemein, daß Marinkowitsch auf der Rückreise von Paris Mussolini besuchen werde, um eine Befriedung der Geister herbeizuführen. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Marinkowitsch zog es vor, direkt nach Belgrad zu fahren. Andererseits wollen die Tagerverhandlungen zwischen Italien und Spanien kein Ende nehmen. Primo de Rivera hat eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die dem Tagerstatut widersprechen und die von Frankreich nicht angenommen werden können. Er hat versprochen, gegen Ende Oktober neue Vorschläge zu unterbreiten und die Verhandlungen zu Ende zu führen. Der Monat November nähert sich seinem Ende — aber Verhandlungen mit Spanien haben noch nicht stattgefunden. So klein und unbedeutend alle diese Symptome des steigenden Gegensatzes an sich auch erscheinen mögen — sie sammeln sich letzten Endes zu einem imponanten Bild, das niemanden, der mit offenen Augen die Lage in Europa betrachtet, täuschen kann. Es ist wirklich schwer, heutzutage in politischen Dingen Optimist zu sein.

Die Regierungskrise in Belgien.

... Brüssel, 19. Nov. Die hiesigen Blätter beschäftigen sich immer mehr mit der Regierungskrise, die anlässlich des Antrages des sechsmonatigen Militärdienstes, der nächsten dem Parlament vorgelegt werden soll, ausbrechen könnte.

Die Differenzen gehen zurück auf die sechsmonatige Dienstzeit, die seit längerer Zeit vom Kriegsminister de Broqueville verprochen ist, aber jedenfalls auch vor Reichstagen noch nicht herausgebracht werden wird, da im Ministerium keine Einigkeit zu erzielen wäre. Broqueville hat für den von ihm ausgearbeiteten Entwurf weder die Zustimmung des Generalstabes, noch des Königs oder seiner hiesigen Ministerkollegen. Die Sozialdemokraten verlangen nun, daß der Kriegsminister umgehend seinen Entwurf zurückziehe vor den Ministerrat und dann vor die Kammer bringe. Am Freitag wurde mitgeteilt, daß sich de Broqueville nütter dem Druck des Ministerpräsidenten Jasspar entschlossen hat, seinen Entwurf dem Ministerrat vorzulegen. Jasspar beabsichtigt, dabei den Vorschlag zu machen, daß die Frage der Dienstzeit aus dem Entwurf herausgenommen und einer besonderen Kommission unterbreitet werde. Diesen Vorschlag würden die Sozialisten nicht annehmen. Sie betrachten die sechsmonatige Dienstzeit als den Kern der ganzen Militärreform. Das von den Sozialdemokraten am Schluß der letzten Legislaturperiode eingereichte Militärprogramm würde aber in der Reformierung der einzelnen Parteien abgelehnt werden, und dann würden die sozialistischen Minister zurücktreten. In sozialistischen Kreisen sei man, meint die „Independance Belge“, durchaus nicht mehr so sehr für die sechsmonatige Dienstzeit eingenommen, sondern wisse ganz genau, daß Deutschland an einen Nachschub zu denken und daß ein neuer Einfall bedenklich sei. Auf solchen Unfimm eingehen lohnt nicht, wenn auch tatsächlich die Debatte in den hiesigen Blättern in den sozialistischen Kreisen ihre Wirkung getan zu haben scheint. Es ist nicht ganz falsch, wenn die „Independance Belge“ darauf hinweist, daß gerade die Angehörigen der Sozialistischen Partei feierlich im Kreise unter dem deutschen Druck am meisten geklammert und deswegen im Gegensatz zu den Sozialisten andere

